



Protokoll Forum 4: **Heute hier, morgen dort... Volatilität der Parteienpräferenz**

Teilnehmende: **Dr. Yvonne Schroth**, Geschäftsführerin Forschungsgruppe Wahlen
Prof. Dr. Oskar Niedermayer, FU Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Moderation: **Linnea Riensberg**, Organisationsberaterin und Moderatorin
Protokollant: **Dr. Dietmar Molthagen**, Friedrich-Ebert-Stiftung

Nach der Entscheidung der SPD, Ende Januar 2017 Martin Schulz als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl im September zu nominieren, stiegen die Umfragewerte der SPD in kurzer Zeit deutlich an. Anfang März erreichte die Partei erstmals seit Jahren Umfragewerte von 30%. Ab Mitte März sanken die Umfragewerte der Partei jedoch wieder und bekanntermaßen erzielte die SPD am 24.9. mit 20,5% ihr historisch schlechtestes Ergebnis. Auch andere Parteien schwankten in den Umfragezahlen des Jahres 2017 deutlich, etwa die FDP und die AfD. Zeugt dieser starke Stimmungswechsel in vergleichsweise kurzer Zeit von einer zugenommenen Volatilität der Parteienpräferenz? Und welchen Faktoren erklären die wechselnden Sympathiebekundungen in Umfragen? Darüber wurde in diesem Forum intensiv diskutiert.

Dr. Yvonne Schroth von der Forschungsgruppe Wahlen betonte in Ihrem Impulsvortrag:

- Eine längerfristige Bindung an eine Partei – die Parteiidentifikation – ist nach wie vor ein wichtiger Faktor zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens. Knapp 60% der Bürgerinnen und Bürger haben eine solche Parteiidentifikation und dieser Wert hat seit den 1990er Jahren auch nicht stark abgenommen. Erkennbar geringer ist die Parteiidentifikation in Ostdeutschland, wo entsprechend die Schwankungen in Umfragedaten größer ausfallen.
- Die erste Hälfte der zurückliegenden Legislaturperiode zeigte gerade auffallend wenig Volatilität. Bis zum Beginn der starken Flüchtlingseinwanderung im Spätsommer 2015 waren die Umfragedaten sehr stabil und spiegelten ungefähr das Wahlergebnis von 2013 wider. Erst danach gab es Bewegung, die Union verlor an Zustimmung, die AfD gewann und die Werte für die Parteien begannen, stärker zu schwanken.
- Im Frühjahr 2017 gab es eine kurze Phase, in der die SPD mit der Union gleichauf war und sich mehr Befragte für einen Kanzler Schulz als für eine Kanzlerin Merkel aussprachen. Allerdings bestand nie eine Wechselstimmung, denn auch wenn die Zustimmung zur Person Angela Merkels sowie zur Arbeit der Bundesregierung mit dem Einsetzen der starken Flüchtlingseinwanderung abnimmt, wurde beides nie negativ bewertet und im Jahr 2017 stiegen die Zustimmungswerte auch wieder an.
- Der Rückgang der guten Umfragewerte für die SPD fällt zusammen mit der Saarland-Wahl. Diese als erste Etappe auf dem Weg ins Kanzleramt zu deklarieren, war ein kommunikativer

Fehler der SPD, da auch dort keine Wechselstimmung herrschte und eine Ablösung der äußerst beliebten Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer zu keinem Zeitpunkt besonders wahrscheinlich war.

- Für eine zunehmende Volatilität spricht, dass sich immer mehr Bürger_innen ihre Wahlentscheidung erst sehr spät treffen. Drei Tage vor der Wahl gaben noch 38% an, unsicher zu sein ob sie wählen gehen und wenn ja, wen sie wählen werden.

Prof. Dr. Oskar Niedermayer analysierte eingehend den sogenannten „Schulz-Hype“, also die Phase der steigenden Umfragewerte für die SPD und seine Person. Wichtige Faktoren dafür waren:

1. Eine hohe Medienaufmerksamkeit nach seiner für viele überraschenden Nominierung.
2. Schulz verkörperte die sozialdemokratische Erzählung als jemand, der aus einfachen Verhältnissen stammt und auch mal Niederlagen einstecken musste, sich aber zu wichtigen Ämtern empor gearbeitet hat.
3. Schulz stand für einen Neuanfang, war eine Person, die von außen in den Berliner Politikbetrieb kam. Die anfängliche inhaltliche Unbestimmtheit hat geholfen, Schulz zur Projektionsfläche für viele Wünsche zu machen.
4. Die Nominierung von Schulz und die gleichzeitige Übernahme des Parteivorsitzes haben die SPD geeint und wiederbelebt. Es entstand eine breite Begeisterung und Aufbruchstimmung in der Partei.
5. Die Union setzte dem wochenlang nichts entgegen, so dass Schulz und der Aufstieg der SPD in den Umfragen lange die Themenagenda dominierten.

Auch für den anschließenden Rückgang der Beliebtheit lassen sich Erklärungen finden:

1. Die Ausrufung der Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in NRW war ein Fehler. Insbesondere die vor der Saarland-Wahl diskutierte Möglichkeit einer dortigen rot-roten Koalition hat manche sozialdemokratischen Sympathisanten verschreckt und die Unionswähler_innen mobilisiert. Als Martin Schulz nach der Saarlandwahl einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Bundesebene eine Absage erteilte, fehlte ihm fortan eine realistische Machtperspektive.
2. Das mediale Interesse ließ nach und Schulz konnte dem ohne Regierungsamt wenig entgegen setzen. Insbesondere die Kanzlerin, aber auch Außenminister Gabriel hatten mehr Gelegenheiten politisch zu glänzen als er.
3. Die starke Fokussierung der SPD-Kampagne auf soziale Ungerechtigkeit passte nicht zu dem Gefühl der großen Mehrheit der Bevölkerung, dass es ihnen ökonomisch gut gehe (dies sagten kurz vor der Wahl 86% der Befragten im ARD-Deutschlandtrend).
4. Nach der anfänglichen inhaltlichen Leere der Schulz-Kampagne wurden nach der NRW-Wahl in kurzer Folge Thesenpapiere, Forderungen und Pläne veröffentlicht, die kein klares Bild ergaben. Kurz vor der Wahl gaben 80% der Bürger_innen an nicht zu wissen, wofür die SPD stehe.
5. Die Rückkehr der Flüchtlingspolitik auf die politische Agenda hat Martin Schulz mit betrieben. Genützt hat es am Ende vor allem der AfD – und der Union geschadet.
6. Nachdem absehbar war, dass Martin Schulz kaum Chancen hat, Kanzler zu werden, fokussierte sich das Medieninteresse auf den „Kampf um Platz 3“ und also die Parteien jenseits von Union und SPD.

Generell lässt sich festhalten, dass die SPD zum dritten Mal in Folge ihren Kanzlerkandidaten in einem unglücklichen Prozess und ohne ausreichend interne Vorbereitung kürte. Die Pannen während des Wahlkampfes (missglückte Programmpräsentation, technische Pannen rund um das TV-Duell, ungeschickte Terminierung von Schulz-Reden, etc.) sowie die häufigen Personalwechsel im Willy-Brandt-Haus haben die Kampagne zusätzlich geschwächt. Gerade weil die

Union über eine größere Stammwählerschaft und mehr Anhänger mit einer Parteiidentifikation verfügt, muss die SPD im Wahlkampf besser sein als die Konkurrenz, um eine Siegchance zu haben.

In der anschließenden **Diskussion** sprachen die Anwesenden u.a. über:

- In der Phase der großen Beliebtheit von Martin Schulz wurde der SPD auch insgesamt eine höhere Kompetenz in verschiedenen Politikbereichen zugemessen. Dies zeigt, dass Personen Parteien beflügeln können.
- Strategisches Wählen (beispielsweise die „Leihstimme“ eines Unionswählers für die FDP in der Hoffnung auf eine schwarz-gelbe Koalition) hat aufgrund der unklaren Koalitionsmöglichkeiten an Bedeutung verloren.
- Über die Flüchtlingspolitik der SPD wurde kontrovers diskutiert. Einige meinten, dass man die negativen Aspekte von Migration und Integration mit Blick auf die Einstellungen der potenziellen Wähler_innen stärker hätte betonen müssen. Andere wiederum sahen in dem unklaren Kurs zwischen Willkommenskultur und Asylrechtsverschärfung das Problem der SPD und empfahlen eine entschiedener migrationsfreundliche Ausrichtung.
- Auch wenn die SPD viele Stimmen an die AfD verloren hat, ging deren vor allem zu Lasten der Union und der Linkspartei. Das Gefühl der sozialen Ungerechtigkeit einer angeblich zu starken Förderung von Geflüchteten öffnet der AfD die Möglichkeit, sich nationalistisch-sozial zu geben, wie es beispielsweise der Front National in Frankreich tut, zu dem die AfD ja auch Kontakte unterhält.
- Auch wenn die SPD seit Jahren deutlich hinter der Union liegt, kann ein Ende der Kanzlerschaft Merkels die Situation des Parteiensystems stark verändern.
- Die AfD bündelt derzeit erfolgreich sehr verschiedene Wähler_innen. Dies kann sich aber auch wieder ändern, wenn Protestwähler mit den Ergebnissen der AfD-Aktivitäten im Parlament unzufrieden sind oder sich die programmatische Entwicklung der Partei weiter radikalisiert.
- Die SPD kann einen linken Überbietungswettbewerb mit der Linkspartei nicht gewinnen, da sie erstens immer irgendwo in Regierungsverantwortung steht und zweitens im linken Spektrum mit SPD, Linkspartei und den Grünen bereits ein breites und differenziertes Parteienangebot besteht.

Zur Tagung:

Am 2. November 2017 richtete die Friedrich-Ebert-Stiftung die *Fachtagung „Demokratie und Parteien“* aus. Ausgehend von Ergebnis der Bundestagswahl wurde diskutiert:

- Wie hat die Bundestagswahl 2017 die Parteienlandschaft verändert?
- Naht das Ende oder die Renaissance der Volksparteien?
- Wie erfüllen Parteien ihre integrative Rolle in der Demokratie?
- Und wofür braucht die Demokratie eigentlich (noch) Parteien?

Es sprachen u.a. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, die Parteienforscherin Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), die Demoskopin Dr. Yvonne Schroth (Forschungsgruppe Wahlen), die Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld sowie weitere Expert_innen aus Wissenschaft und Politik.

Videomitschnitte und weitere Ergebnisse der Tagung finden Sie unter <http://www.fes.de/de/demokratie-und-parteien/>

Kontakt:

Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Mail: alina.fuchs@fes.de

Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Mail: dietmar.molthagen@fes.de